

Stuttgart, 16.12.2009

**Klinikum Stuttgart
- Doppelwirtschaftsplan 2010/2011**

Beschlußvorlage

| Vorlage an | zur | Sitzungsart | Sitzungstermin |
|-------------------|------------------|--------------------|-----------------------|
| Gemeinderat | Beschlussfassung | öffentlich | 18.12.2009 |

Beschlußantrag:

Dem Doppelwirtschaftsplan 2010/2011 samt Stellenübersicht des Eigenbetriebs Klinikum Stuttgart wird zugestimmt.

Begründung:

Für das in der Rechtsform des Eigenbetriebs geführte Klinikum Stuttgart ist gemäß § 14 des Eigenbetriebsgesetzes ein Wirtschaftsplan aufzustellen und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen. Die jeweiligen Ergebnisse der Vorberatungen im Krankenhausausschuss am 10.11.09 und im Verwaltungsausschuss am 07.12.09 (2. Lesung) wurden in die vorliegende Fassung aufgenommen.

Rahmenbedingungen

In den Doppelwirtschaftsplan 2010/2011 startet das Klinikum Stuttgart unter deutlich erschwerten Rahmenbedingungen:

Die mit dem Krankenhausfinanzierungsreformgesetz (KHRG) versprochenen finanziellen Erleichterungen sind bei den Krankenhäusern insgesamt nicht angekommen. Durch die Einführung des Gesundheitsfonds und die dadurch bedingte länderbezogene Umverteilung geraten insbesondere die gesetzlichen Krankenkassen in Baden-Württemberg zusehends unter Druck. Vor diesem Hintergrund wird sich die Situation der Budgetverhandlung weiter verschärfen.

Darüber hinaus wird die mittelfristig drohende Angleichung (nach der Korridorphase

bis 2014) an einen bundesweiten Basisfallwert die finanzielle Situation der Krankenhäuser, u.a. in Baden-Württemberg, nochmals deutlich erschweren.

Durch diese Rahmenbedingungen sieht sich das Klinikum Stuttgart speziell vor dem Hintergrund der angestrebten „schwarzen 0“ weiterhin ganz besonderen Herausforderungen gegenüber, die einschneidende Maßnahmen notwendig machen. Dabei gilt es, die Leistungsfähigkeit des Klinikums auch angesichts dieser Erschwernisse aufrecht zu erhalten. Zuletzt wurde zum Abbau des Defizits des Olgahospitals auf Veranlassung des Krankenhausträgers ein Gutachten in Auftrag gegeben, dessen Ergebnis in den vorliegenden Wirtschaftsplanentwurf eingeflossen ist (ausdrücklich auch strukturelle Veränderungen). In einem zweiten Schritt erhielt der Gutachter den Auftrag, die Maßnahmen zur Zielerreichung weiter zu konkretisieren. Insbesondere gilt es, die bisher im Olgahospital als strukturelle Unterdeckung angesehene Größe (2010: 6,9 Mio. EUR, 2011: 5,0 Mio. EUR) durch Erhöhung der Einnahmen oder Einsparungen auf der Ausgabenseite auszugleichen. In der Vorberatung des Verwaltungsausschusses am 7.12.2009 (2. Lesung) wurde ein Sockelbetrag für das Olgahospital in Höhe von jeweils 5 Mio. € als Ertragszuschuss für die Jahre 2010 und 2011 festgelegt.

Trotz zum Teil noch schlechter baulicher Infrastruktur müssen zur Kompensation von Kostensteigerungen die Fallzahlen gesteigert und diese mit den Kostenträgern möglichst optimal budgeterhöhend vereinbart werden.

Dennoch konnten die im Rahmen des Projektes „wirtschaftliche Sanierung“ vereinbarten Jahresergebnisse (insbesondere die schrittweise Absenkung des ausgleichspflichtigen Betrags durch den Träger) erwirtschaftet werden. Dies, obwohl seit dem Geschäftsjahr 2007 folgende Zusatzbelastungen aufgebracht werden mussten, die durch Mehrerlöse lediglich teilweise gedeckt werden:

- **4,3 Mio. EUR** aus dem Tarifvertrag Marburger Bund (2007),
- **2,9 Mio. EUR** aus dem Tarifvertrag Verdi (2007),
- **3,0 Mio. EUR** durch die 3 %ige MwSt.-Erhöhung (2007), **0,6 Mio. EUR** durch die geringfügige Budgetsteigerungsrate i.H. v. 0,28 % (statt um 0,5 %) (2007) und
- **1,2 Mio. EUR** wg. Auswirkungen der Gesundheitsreform (2007/2008).
- **3,2 Mio. EUR** Tarifsteigerung (geplant für 2008: 2,4 %, tatsächlich 3,7 %)
- **5,9 Mio. EUR** Tarifsteigerung (geplant für 2009: 2,4 %, tatsächlich 4,8 %)

Für den Wirtschaftsplanzeitraum 2010/2011 ergeben sich nach heutigem Kenntnisstand folgende jährliche Zusatzbelastungen:

- **1,25 Mio. EUR** sogenannte „Tarifschere“ von 0,5 % (geplant 2,0 % zu 1,5 % Budgetsteigerung),
- **3,60 Mio. EUR** Mindererträge durch die Beendigung der Konvergenzphase,

Die Landeshauptstadt, als Träger des Klinikums, unterstützt das Klinikum wie folgt:

| Ertragszuschüsse | 2010 TEUR | 2011 TEUR |
|---|----------------------|----------------------|
| | | |
| Wirtschaftliche Sanierung | | |
| Beamtenversorgung | 2.884 | 2.884 |
| Ausbildungsstätten | 1.000 | 1.000 |
| Kindertagesstätten | 130 | 130 |
| | | |
| Finanzierung der strukturellen Rahmenplanung | 2.500 | 7.000 |
| | | |
| Finanzierung Psychiatriestellen | 407 | 415 |
| | | |
| Sockelbetrag Olgahospital | 5.000 | 5.000 |
| | | |
| Summe | 11.921 | 16.429 |

Im vorliegenden Wirtschaftsplan sind die bereits in früheren Jahren beschlossenen Projekte (incl. Strukturelle Rahmenplanung) enthalten, die finanzielle Auswirkungen im Zeitraum 2010/2011 ff. haben werden.

Zur Aufrechterhaltung des Maximalversorgungsstandards des Klinikums sind zusätzlich im Medizingeräte- und IT-Bereich Beschaffungen und damit zusammenhängende Baumaßnahmen in erheblichem Umfang erforderlich. Im Wirtschaftsplanzeitraum 2010/2011 sind deshalb Beschaffungen in Höhe von 29,8 Mio. EUR über Kreditaufnahmen vorgesehen. Darüber hinaus stehen, sofern sich das Jahresergebnis 2009 besser darstellt, als in der aktuellen Hochrechnung geschätzt, erübrigte Finanzierungsmittel aus dem laufenden Jahr zur Verfügung, die für solche Investitionen eingesetzt werden könnten.

Die jeweiligen Jahresergebnisse werden dadurch ab dem Jahr der Beschaffung zusätzlich mit Beträgen zwischen jährlich rd. 6,2 bis 8,6 Mio. EUR durch Abschreibungen und Zinsaufwendungen belastet (die Kreditbelastungen aus dem Wirtschaftsplanzeitraum 2008/2009 sind in diesem Betrag berücksichtigt). Somit entstehende zusätzliche Jahresfehlbeträge werden in der Betrachtung und Bewertung des Konzepts der wirtschaftlichen Sanierung des Klinikums nicht berücksichtigt (vgl. Anlage: zusätzlicher Aufwand für Investitionen - Kreditfinanzierung). Die durch die Umsetzung o.g. Maßnahmen sich ergebenden Jahresfehlbeträge sollen wiederum der Kapitalrücklage entnommen werden (Stand der Kapitalrücklage 31.12.2008: 60.703.121,07 EUR). Für die Stadt ergibt sich hieraus kein Verlustausgleich.

Die Wirtschaftsplan-Eckdaten 2010/2011

Erfolgsplan

| | 2010 EUR | 2011 EUR |
|-------------------------------|---------------------|---------------------|
| Erträge | 480.654.000 | 493.623.000 |
| Aufwendungen | 486.894.000 | 502.211.000 |
| Fehlbetrag/Überschuss | - 6.240.000 | - 8.588.000 |
| Entnahmen aus der Rücklage | 6.240.000 | 8.588.000 |
| Verlustausgleich durch Träger | 0 | 0 |

Vermögensplan

Im Vermögensplan stehen den Ausgaben Einnahmen in gleicher Höhe gegenüber.

Die Einnahmen gliedern sich wie folgt:

| Vermögensplan-Einnahmen | 2010 EUR | 2011 EUR |
|---|---------------------|---------------------|
| LKHG Fördermittel §§ 12-14 | 20.000.000 | 4.000.000 |
| Pauschalfördermittel §§ 15-16 LKHG | 8.290.000 | 8.290.000 |
| Zuweisung des Trägers (SOPO) | 0 | 0 |
| Zuweisung des Trägers zum Ausgleich des Erfolgsplanes | 0 | 0 |
| Abgang von Anlagevermögen (RBW) | 0 | 0 |
| Kredite | 93.833.000 | 138.639.000 |
| Gewinne | 0 | 0 |
| sonstige Einnahmen | 36.200.000 | 35.197.000 |
| Gesamt | 158.323.000 | 186.126.000 |

Finanzplan 2009 – 2013

Die Jahresergebnisse wurden auf der Grundlage der unterstellten Aufwendungen und Erträge ermittelt. Sie betragen:

| | |
|-------|-----------------|
| 2009: | - 8.991.000 EUR |
| 2010: | - 6.240.000 EUR |
| 2011: | - 8.588.000 EUR |
| 2012: | - 5.995.000 EUR |
| 2013: | - 5.885.000 EUR |

Finanzielle Auswirkungen

Zusammenfassung (Entwicklung der Finanzdaten)

| Jahresfehlbetrag / -überschuss absolut (in TEUR) (jeweils lt. Wirtschaftsplan) | | | | | | |
|--|-------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| | 2006 | 2007 ²⁾ | 2008 ³⁾ | 2009 ³⁾ | 2010 ³⁾ | 2011 ³⁾ |
| Gesamt ¹⁾ | - 18.000 | - 14.000 | - 12.538 | - 8.991 | - 6.240 | - 8.588 |

Erfolgsplan (in TEUR)

| Ausgleich aus Stadthaushalt (incl. Ertragszuschüsse) | | | | | | |
|--|--------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| | 2006 | 2007 ²⁾ | 2008 ³⁾ | 2009 ³⁾ | 2010 ³⁾ | 2011 ³⁾ |
| Gesamt ¹⁾ | 13.599 | 13.754 | 10.043 | 9.300 | 11.921 | 16.429 |

| Vermögensplan (in TEUR) | | | | | | |
|--|--------|-------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| Ausgleich aus Stadthaushalt (incl. Zuweisungen SOPO) | | | | | | |
| | 2006 | 2007 | 2008 ⁴⁾ | 2009 ⁴⁾ | 2010 ⁴⁾ | 2011 ⁴⁾ |
| Gesamt ¹⁾ | 23.543 | 6.000 | 13.160 | 8.480 | 0 | 0 |

¹⁾ Inklusive „Verpachtungsbetrieb Herzchirurgie“ (Einnahmen und Ausgaben aus der Verpachtung des Gebäudes einschließlich Betriebs- und Geschäftsausstattung) - also nicht die Sana-Herzchirurgie.

²⁾ für 2007 vgl. GRDRs 739/2007 „Erhöhung des ausgleichspflichtigen Betrages“ = Verlust -18.000 000 EUR

³⁾ Verlustausgleich, Zuschüsse für Beamtenversorgung, Ausbildungsstätten, Kindertagesstätten, Bauzeitinsen (vgl. auch Tabelle 2 der Erläuterungen zum Wirtschaftsplan), Finanzierung Psychiatriestellen, Sockelbetrag Olgahospital

⁴⁾ incl. Sonderpostenzuschüsse aus dem Verkauf Standort Feuerbach und von Personalwohngebäuden

Ausgleich aus Stadthaushalt - Gesamtsummen in TEUR - (Erfolgsplan + Vermögensplan):

| Jahr | TEUR | Jahr | TEUR |
|-------------|-------------|-------------|-------------|
| 2000 | 16.399 | 2006 | 37.142 |
| 2001 | 17.262 | 2007 | 19.754 |
| 2002 | 19.321 | 2008 | 22.203 |
| 2003 | 24.652 | 2009 | 17.780 |
| 2004 | 31.601 | 2010 | 11.921 |
| 2005 | 33.502 | 2011 | 16.429 |

Beteiligte Stellen

Das Referat WFB hat der Vorlage zugestimmt.

Vorliegende Anträge/Anfragen

386/2009, 387/2009, 412/2009, 452/2009, 477/2009, 493/2009, 586/2009, 587/2009, 593/2009, 594/2009

Erledigte Anträge/Anfragen

386/2009, 387/2009, 412/2009, 452/2009, 477/2009, 493/2009, 586/2009, 587/2009, 593/2009, 594/2009

Klaus-Peter Murawski
Bürgermeister

Anlagen

Anlage 1 - Wirtschaftsplan 2010/2011 des Eigenbetriebs Klinikum Stuttgart
Anlage 2 - Darstellung der Kreditfinanzierung von Beschaffungen/Investitionen zur Aufrechterhaltung des Maximalversorgungsstandards